
Interne ADN-Information über Proteste in Gittersee

Die Deutsche Demokratische Republik hatte in ihrer Verfassung von 1968 den Umweltschutz fest verankert. Mit der Gründung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft im Juni 1972 schuf sie eine Institution, welche die Maßnahmen des Umweltschutzes in die Tat umsetzen sollte. In der Realität fand im Gebiet der DDR eine massive Umweltverschmutzung durch staatliche Betriebe statt. Die Proteste gegen ein geplantes Siliziumwerk in Dresden-Gittersee erreichten auch die Bundesrepublik.

Die Aufgabe die Natur und Umwelt zu schützen, lag nach der Verfassung der DDR in der Hand staatlicher Institutionen. Umweltschäden können dementsprechend nicht isoliert von der staatlichen Führung betrachtet werden. Wenn Probleme und Versäumnisse im Schutz der Umwelt überhaupt thematisiert wurden, dann wurden diese meist auf die geerbten Strukturen des zuvor herrschenden kapitalistischen Systems zurückgeführt.

Von offiziellen Stellen wurden Umweltschäden geleugnet, auch wenn es offenkundige Umweltschäden und -belastungen gab. Sowohl das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), als auch das vom MfS regelmäßig ins Bild gesetzte Zentralkomitee der SED bzw. die regionalen Parteileitungen waren sich der entstandenen und entstehenden Schäden bewusst. Das MfS sorgte auch dafür, dass die durch staatseigene Unternehmen entstandene Verschmutzung der Umwelt nicht an die Öffentlichkeit geriet. Gleichzeitig überwachte die Stasi Umweltschutzgruppen wie Greenpeace, aber auch Umwelt- und Friedensgruppen, die unter dem Dach der Kirche agierten.

Seit Anfang 1989 protestierten in Dresden-Gittersee Anwohner und Umweltschützer gegen die geplante Errichtung eines Reinstsiliziumwerkes. Die Proteste wurden auch in der Bundesrepublik wahrgenommen – wie aus einer internen Meldung der DDR-Pressagentur ADN hervorgeht.

Signatur: BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 41319, Bl. 3

Metadaten

Datum: 3.7.1989

Überlieferungsform: Dokument

Interne ADN-Information über Proteste in Gittersee

Mit. Gittersee *XVIII/8* *50*

MFS *B* *5*

ADN-Information **Nur zur Information**
Interne Dienstmeldung

BSTU
0003

03. 07. 1989

Proteste gegen Siliziumfabrik in Dresden

Berlin, 3. Juli 89 (AP) - Über 100 DDR-Bürger haben am Sonntag abend gegen die Errichtung eines Siliziumwerks in Dresden protestiert. Nach Angaben des Ostberliner ARD-Studios von Montag griffen Polizei und die anwesenden zivilen Sicherheitskräfte nicht ein. Augenzeugen zufolge befestigten die Demonstranten am Bauzaun der Anlage Transparente mit der Aufschrift "Bringt uns nicht (silizi-)um" und "Reinstsiliziumwerk - Es ist TOT sicher".

Die Protestaktionen gegen die Fabrik im Stadtteil Gittersee reißen seit Monaten nicht ab. Nach Meinung von Umweltschützern könnten bei einem Störfall in dem Werk giftige Chlorgase freierwerden und die Bewohner Dresdens gefährden. ++

WL0317/01

Signatur: BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 41319, Bl. 3

Blatt 3